

# N i e d e r s c h r i f t

Über die Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt am, Montag, 12.01.2009,  
Beginn: 18:30 Uhr, Ende: 20:15 Uhr, Rathaus Brühl, Großer Sitzungssaal

---

Zur Beurkundung der Niederschriften

Das Gremium:

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

---

## **Vorsitzender**

Herr Bürgermeister Ralf Göck

## **CDU**

Herr Robert Ganz  
Herr Wolfram Gothe  
Herr Bernd Kieser  
Herr Uwe Schmitt  
Frau Claudia Stauffer  
Herr Michael Till

## **SPD**

Herr Rüdiger Lorbeer  
Frau Gabriele Rösch  
Herr Roland Schnepf

## **FW**

Herr Werner Fuchs  
Herr Jens Gredel

## **GLB**

Herr Klaus Tribskorn

## **Sonstige Teilnehmer**

Herr Lothar Ertl  
Herr Hans Faulhaber  
Frau Eva Gredel  
Frau Ulrike Grüning  
Herr Bernd Hillmann  
Herr Hans Hufnagel  
Herr Helmut Mehrer  
Frau Karin Noel  
Frau Angela Renkert  
Frau Heidi Sennwitz  
Herr Heinz Spies

## **Schriftführer**

Herr Holger Koger

Nach Eröffnung der Sitzung stellte der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Sitzung durch Ladung vom 30.12.2008 ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am 09.01.2009 ortsüblich bekannt gemacht worden ist;
3. das Gremium beschlussfähig ist, weil mindestens 7 Mitglieder anwesend sind.

Hierauf wird in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

**TOP: 1 öffentlich**  
**Gefährdungsbeurteilung und geplante Maßnahmen beim Bau und Betrieb des Geothermiekraftwerks Brühl**

2008-0178

Die Firma Geoenergy und ein Vertreter des beauftragten Ingenieurbüros werden über die Gefährdungsbeurteilung und geplante Maßnahmen beim Bau und Betrieb des Geothermiekraftwerks in der Sitzung informieren.

**Diskussionsbeitrag:**

In Anwesenheit von Bürgermeister Kappenstein und einigen Gemeinderäten aus Ketsch präsentieren Dr. Ulrich Lotz und Dr. Gerhard Greiner (Mitarbeiter bei GeoEnergy) sowie Dr.-Ing. Oswald Klingmüller (Sachverständiger für Schwingungen und Erschütterungen aus Mannheim) in einem mündlichen Vortrag (unterstützt von einer an die Wand projizierten Computer-Präsentation) eine Gefährdungsbeurteilung und berichten über geplante Maßnahmen zur Gefahrenabwehr sowie über die Maßnahmen zur Beweissicherung beim Bau und Betrieb des Geothermiekraftwerks Brühl.

Bürgermeister Dr. Göck betont, dass die möglichen Gefahren abgeschätzt werden sollen und ein Beweissicherungsverfahren durchgeführt werden solle.

Dr. Lotz gibt einen Überblick über Verfahren und Varianten. Er berichtet, dass das Bergamt Freiburg ein seismologisches Gutachten verlangt habe.

Ein Erdbeben wie in Basel und Staufen sei ausgeschlossen. Während in Basel das „Hot Dry Rock“-Verfahren angewandt worden sei, soll in Brühl das hydrothermale Verfahren (Nutzung von natürlich vorhandenem Wasser aus den Tiefen des Erdreichs) angewandt werden. Außerdem sei das Gebiet um Basel durch eine hohe Spannungskonzentration für Erdbeben prädestiniert. Im Bereich des Oberrheingrabens sei hingegen nur eine geringe seismische Aktivität gegeben. Zudem sei selbst das Beben in Basel schwach (Magnitude 3,4) und tief gewesen. Es sei spürbar gewesen, habe jedoch keine Schäden hinterlassen. Sogar bei Fracs seien die Erdbeben kaum spürbar und in Brühl werde nicht gefract. Ferner bestehe die Zielformation in Brühl aus Sedimentgesteinen ohne Transfer- und Speichereigenschaften für Spannungen. Auch ein Erdbeben wie in Staufen könne nicht erwartet werden. Denn in Staufen hätten offensichtliche Fehler bei der Abdichtung der Bohrung zur Durchfeuchtung von Anhydrit und somit zu Geländeanhebungen geführt. In Brühl werde Anhydrit jedoch erst in großer Tiefe angetroffen.

Dr.-Ing. Klingmüller gibt einen Überblick über die physikalischen Gesetzmäßigkeiten bei Erschütterungen, um zu belegen, dass Erschütterungen im Abstand von der Quelle sehr stark abnehmen und keine Schäden hinterlassen. Selbst bei Vibrationsverdichtung seien die Bohrungen in ca. 50 Meter Entfernung nicht mehr spürbar. Zudem könne durch stetige Messungen bei Erschütterungen sofort eingeschritten werden. Für die Präsentation verwendet er sechs im Raum verteilte Sensoren, deren aktuelle Werte als Verlaufskurven in der Projektion gezeigt werden.

Dr. Lotz fasst die geologischen, physikalischen und technischen Gegebenheiten des Brühler Projektes zusammen und betont die günstigen Bedingungen und geringen Risiken. Zudem versichert er, dass trotz der geringen Risiken ab nächster Woche laufend Messungen vorgenommen würden, um festzustellen, ob mögliche Schäden auf Maßnahmen rund um das Geothermieprojekt zurückzuführen sind. Außerdem wolle die Universität Karlsruhe das Projekt eventuell mit Radar-Satellitenaufnahmen begleiten. U.a. seien vor, während und nach den Bohrungen (Zeitdauer abhängig von Ergebnissen) Schwingungsmessungen in der Schule und evtl. auch im Clubhaus des Hundesportvereins vorgesehen. Zudem würden Setzungsmessungen an Höhenbolzen, die an mehreren Gebäuden installiert werden sollen, durchgeführt. Diese Setzungsmessungen sollen Veränderungen (im Millimeterbereich) am bestehenden Durchbruch feststellen. Zugleich werde die natürliche Bewegung in den Rheinauen gemessen, wodurch die Stärke der zusätzlichen Bewegungen nachvollziehbar werde.

Bürgermeister Dr. Göck lobt den Vortrag als „sehr fundiert“. Die Gemeinde könne davon ausgehen, dass nichts passiere. Es sei Wert darauf gelegt worden, dass ein Messgerät in der Realschule installiert werde.

Auf Nachfrage von Gemeinderat Tribskorn berichtet Dr. Lotz, dass auch dieses Projekt von der Bankenkrise betroffen sei. Ein Investor habe sich zurückgezogen, aber drei potentielle neue Geldgeber stünden bereit. Er geht davon aus, dass die Frage noch diesen Monat geklärt und im März mit der Arbeit begonnen werde.

Gemeinderat Fuchs stellt die Frage, ob der Standort für ein Geothermie-Kraftwerk geeignet sei. Dr. Lotz berichtet über vergleichbare Geothermieprojekte (z.B. Unterhaching, Aachen). Zudem entstehe in Brühl wesentlich weniger Lärm als in Landau, da die Pumpe eingehaust werde. Bürgermeister Dr. Göck weist darauf hin, dass im Pachtvertrag eine Grenze von 40 dB (gemessen am nächstgelegenen Fenster der Realschule) vereinbart worden sei. Auf eine Nachfrage aus dem Kreis der Bürger wird erläutert, dass das Kraftwerk auch nachts laufe, aber weiterhin mit o.a. Lärmgrenze. Da die Entfernung der Wohnhäuser von der Lärmquelle deutlich größer sei als diejenige der Realschule, werde dort nichts mehr von dem Kraftwerk zu hören sein. Dr. Lotz weist außerdem darauf hin, dass 40 dB sehr leise sei und schon auf dem Schulhof über 50 dB gemessen worden seien.

Bürgermeister Kappenstein stellt fest, dass Ketscher Interessen nicht berührt würden.

**TOP: 2 öffentlich**  
**Nachträgliche Genehmigung für ein Gartenhaus**  
**Grundstück: Flst. Nr. 4781, Auf dem Mühlweg**  
**Antragsteller: Gerd Kiefer, Jutta Wolf und Sabine Boschert**  
2008-0177

**Beschluss:**

Zu dem Vorhaben wird das Einvernehmen nach §§ 31, 35 BauGB nicht erteilt.

Dem Landratsamt soll mitgeteilt werden, dass sich die Gemeinde Brühl für eine Duldung und gegen einen Abriss ausspricht.

Im März soll eine Begehung erfolgen. Anschließend soll eine Liste über die ungenehmigten Gebäude in diesem Gebiet und in der Kleingartensiedlung erstellt werden.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

Die Antragsteller Gerd Kiefer, Jutta Wolf und Sabine Boschert beantragen die nachträgliche Genehmigung für ein Gartenhaus. Das Gartenhaus hat einen Umfang von 50 m<sup>3</sup> und besteht aus einem Aufenthaltsraum mit einer Grundfläche von 4,75 x 2,80 Meter sowie einem Abstellraum mit einer Grundfläche von 4,75 x 1,35 Meter. Die Firsthöhe beträgt 3,00 Meter, die Traufhöhe 2,10 bzw. 1,50 Meter. Nach Angabe des Bauherren besteht das Gartenhaus seit 8 Jahren (im Rohbau) und wurde vor 2 Jahren fertig gestellt.

Das Grundstück befindet sich im Außenbereich. In diesem Bereich ist die planungsrechtliche Zulässigkeit nach § 35 BauGB zu beurteilen.

Im Flächennutzungsplan ist das Grundstück als Entwicklungsfläche für Wohnbebauung gekennzeichnet. Zudem ist zu befürchten, dass die Genehmigung des Gartenhauses gleichartige Vorhaben nach sich zieht. Dadurch könnte eine Splittersiedlung entstehen. Allerdings ist auch zu berücksichtigen, dass in der Umgebung bereits weitere ungenehmigte Gartenhäuser existieren.

**Diskussionsbeitrag:**

Bürgermeister Dr. Göck erläutert, dass bei einer Genehmigung ein Präzedenzfall geschaffen werde und als Konsequenz eine Splittersiedlung entstehen könne.

Gemeinderat Till teilt mit, dass die CDU-Fraktion anderer Meinung als die Gemeindeverwaltung sei. Wenn das Einvernehmen nicht erteilt werde, werde ebenfalls ein Präzedenzfall geschaffen. Die Entscheidung habe Auswirkungen auf die Nachbargrundstücke. Der Bestandsschutz solle gewährleistet werden. Er möchte den Tagesordnungspunkt vertagen. Es solle zuerst ermittelt werden, für wie viele Häuser es einen Präzedenzfall darstellen würde und wie viele Häuser bereits bestehen.

Bürgermeister Dr. Göck warnt vor der Erteilung des Einvernehmens. Wenn dem Vorhaben nicht Einhalt geboten werde, könnten immer größere Gebäude entstehen. Es sei höchstens eine Duldung des Status quo möglich. Es müsse folglich nicht überlegt werden, ob Einhalt geboten werden solle, sondern wie Einhalt geboten werden könne. In diesem Bereich dürfe

kein Wohngebiet entstehen. Er weist auch auf die auf ähnliche Weise erfolgte Entstehung des Gebietes „Bachstückerweg“ in Ketsch hin.

Gemeinderat Fuchs fragt, ob in diesem Bereich bereits etwas genehmigt worden sei. Er erläutert, dass es sich um ein Wochenend-Haus handle. Es solle nicht sofort abgerissen werden, aber irgendwann müsse „Schluss“ sein. Eine Genehmigung würde weitere Wochenend-Häuser nach sich ziehen. Er weist auch auf das Problem hin, das bei einem Verkauf des Grundstücks entstehen könne.

Gemeinderat Tribskorn stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu, möchte jedoch ebenfalls eine Auflistung der ungenehmigten Gebäude.

Gemeinderätin Stauffer ist ebenfalls der Ansicht, dass eine Genehmigung nicht erteilt werden dürfe. Sie fordert jedoch die Durchführung einer Begehung und die Erstellung der o.a. Liste, in der auch die zu großen Gebäude in der Kleingartensiedlung aufgeführt sein sollten. Sie schlägt eine Abrissverfügung, die bis zum nächsten Rechtsnachfolger ausgesetzt werden solle, vor. Herr Hillmann bestätigt, dass dies in gleicher Weise beim Wintergarten des Restaurants „Dalmacija“ gemacht worden sei.

Gemeinderat Schnepf lehnt eine Genehmigung ebenfalls ab und weist auf die Entscheidungsgewalt der Baurechtsbehörde hin. Herr Hillmann erläutert, dass auch bei einer Erteilung des Einvernehmens der Gemeinde wohl keine Baugenehmigung erteilt werde.

**TOP: 3 öffentlich  
Informationen durch den Bürgermeister**

- keine -

**TOP: 4 öffentlich  
Fragen und Anregungen der Mitglieder des Ausschusses**

**Diskussionsbeitrag:**

Gemeinderat Till teilt mit, dass der CDU-Vorstand am 13.2.09 um 14.00 Uhr eine Besichtigung des Großkraftwerks organisiert habe. Gemeinderat Lorbeer ist darüber verärgert, dass die Einladung zur Besichtigung aus den Reihen der CDU gekommen sein soll. Bürger Künkel habe in einer der letzten Gemeinderatssitzungen in der Bürgerfragestunde die Einladung an den Gemeinderat angesprochen

**TOP: 5 öffentlich  
Fragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger**

- keine -